

Atomkraft – Was geht uns Jugendliche das an?

Atomkraft, nein danke! Deutschland, der Aussteiger

„Atomkraft – Was geht uns Jugendliche das an?“ Dieser Frage und vielen weiteren ist die Klasse 9a der Friedrich-Karl-Stroher Realschule plus in Simmern im Rahmen des Schülerwettbewerbs der Bundeszentrale für politische Bildung in den vergangenen Wochen nachgegangen. Sie möchte die Leser auf ihrem Recherche- und Erkenntnisweg (das erste Meinungsbild der Schüler zeigt die Grafik unten rechts) mitnehmen und mit zwei Zeitungsseiten, die zu ihrem Wettbewerbsbeitrag gehören, über Vor- und Nachteile der Gewinnung von atomarem Strom informieren – exemplarisch an Frankreich und Aussteiger Deutschland.

Von Veronika Walker

■ Simmern.
Gefahren der Atomkraftwerke: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland berichtet, dass AKW, Atommüll-Zwischenlager und -transporte radioaktive Strahlen abgeben, die Krebs verursachen können. Auch sei die Aussage falsch, alte AKW seien ebenso sicher wie neue. Laut SPD-Bundestagsfraktion könnten alte AKW trotz Nachrüstungen nicht die Sicherheit garantieren, wie neue. Daher sei eine weitere Nutzung verantwortungslos. Ein Erdbeben mit Tsunami führte im März 2011 zu Schäden im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi in Japan, in der Folge wurden radioaktive Stoffe freigesetzt. Etwa 120.000 Menschen wurden vorbeugend oder aufgrund der Strahlung evakuiert, berichtet das Bundesamt für Strahlenschutz.
Atomkraft und Wirtschaft: Kernspaltung sei teuer und auf finanzielle Hilfe vom Staat angewiesen. Da Atomstrom nicht versicherbar sei, würde nach Berechnungen des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) die zu zahlende Versicherungssumme für einen GAU (Größter anzunehmender Unfall) bei 6.090 Milliarden Euro liegen. Im Fall eines GAUs müsste der Staat diese Kosten tragen oder auf die Steuerzahler umlegen, schreibt die Agentur für erneuerbare Energie. „Eine Energiequelle, die nur etabliert werden kann, wenn der Staat in die Haftung geht, die zeigt schon marktwirtschaftlich an, dass es sich nicht um eine nachhaltig verantwortbare Energiequelle handeln kann“, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) 2022 in der „Welt“.

Atomkraft und Umwelt: Eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung kam zum Schluss, dass die Gewinnung von Uran Menschenleben fordere. Der Abbau in Kasachstan, Kanada und Australien sowie Niger, Namibia, Usbekistan oder USA stelle ein Risiko für Umwelt und Gesundheit dar. Arbeitskräfte könnten gesundheitlich geschädigt werden. Nicht nur Erwachsene würden ausbeutet, sondern auch Kinder, heißt es auf der Internetseite Entwicklungspolitik Online. Die Umweltorganisation GLOBAL 2000 gibt an, dass auch die Entsorgung radioaktiver Abfälle ein großes Problem sei. Es dauere Jahrhunderte, bis der Atommüll nicht mehr strahle. Weltweit werde er in Zwischenlagern unter der Erde gelagert. Durch Unfälle oder Angriffe könnten radioaktive Stoffe freigesetzt werden. Alternativ würden Bohrlöcher als Atommüll-Endlager genutzt. Doch bei Bohrungen in großer Tiefe könne es zu Verschiebungen und Einbuchungen kommen. Diese führten unter Umständen zur Freisetzung radioaktiver Stoffe.

Ausstieg in Deutschland: In der Politik gibt es verschiedene Meinungen zum Atomkraftausstieg. So sagte die Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt dem Nachrichtensender „Merkur“, dass die Strompreise trotz Atomausstieg perspektivisch sinken könnten. „Der Strompreis wird natürlich günstiger werden, je mehr erneuerbare Energie wir haben“, sagte die Grünen-Politikerin auch dem MDR. „Wind und Sonne, die kriegen wir immer zum Nulltarif. Da brauchen wir die Anlagen und die Netze, und deswegen ist das das Entscheidende.“ Atomkraft dagegen sei teuer, in Herstellung, in der Produktion, als auch danach.
Ist Atomkraft nachhaltig? Große Gefahren für Mensch und Umwelt, enorme Risiken für den Staat, komplizierte Entsorgung, Radioaktivität und Ausbeutung der indigenen Völker mehrerer Staaten zeigen, dass Atomkraft nicht als nachhaltige Energiequelle bewertet werden kann.

Diese Seite wurde von Schülern der Klasse 9a der Friedrich-Karl-Stroher-Realschule Plus Simmern erarbeitet. Sie ist Teil eines Beitrags für den Schülerwettbewerb zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung.

Atomkraft, ja bitte! Frankreich macht weiter

Von Angel J. Hoffmann, Rahel Hadnagy und Lucas Pullig

■ Simmern/Paris. Weltweit befinden sich 438 Atomkraftwerke (AKW) in Betrieb. 56 davon stellten im Jahr 2022 282,1 Terawattstunden (TWh) in Frankreich her. Damit liegt der Nachbar von Deutschland in Bezug auf die Anzahl der Reaktoren und die damit erzeugte, atomare Stromleistung mit weitem Abstand an der europäischen Spitze. Warum ist für den flächengrößten Staat der Europäischen Union (EU) die Atomkraft eine gute und nachhaltige Energiequelle?
Geschichtspolitischer (Hinter)Grund: In den 1950er- und 60er-Jahren lag die Nutzung der Atomkraft nicht in der zivilen Energiegewinnung, sondern im Be-

reich der militärischen Nutzung. Nach der Zündung der ersten Wasserstoffbombe in Französisch-Polynesien 1968 gehörte der Staat zu den großen Atommächten. Die zivile Nutzung wurde parallel vorerst nur stiefmütterlich vorangetrieben.
Wirtschaftliche Argumente: Als 1973 die Ölpreise und die Kosten für andere fossile Brennstoffe durch die Ölkrise stiegen, reagierte die französische Regierung mit dem sogenannten Messmer-Plan. Atomstrom wurde als kostengünstige Energiequelle propagiert, es fand ein immenser Bau von Reaktoren im Rahmen des zivilen Atomprogramms statt. Es entstand ein eigener Wirtschaftszweig. Laut des Artikels „Kernkraft in Frankreich“ von Sophie Martiné, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei hieraus der drittgrößte Wirtschaftssektor im Land entstanden. Daran hängen Arbeitsplätze, Existenzen und große Steuereinnahmen. Zudem verdiene der Staat an den Stromeinnahmen mit, da es sich beim Betreiber Electricité de France (EDF) um einen Staatskonzern (80

Prozent) handle. Gleichzeitig wurde der europäische Strommarkt geöffnet, sodass Frankreich seinen günstigen – staatlich subventionierten – Strom auch ins Ausland verkauft. Weil sich die Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe ständig ändern und Frankreich diese Energieträger nicht als stabile, kostengünstige Energiequelle betrachtet, werde weiter in diese Technologie investiert, so Martiné. Staatspräsident Macron spricht von einer „Renaissance der Atomkraft“.
Ökologische Ansichten: Die Befürworter der Atomkraft könnten laut Martiné auf ein jahrzehntelanges „Know-how“ zurückgreifen. Zudem sei Atomkraft ein Prestigeobjekt der Franzosen. Zur Erreichung der Klimaziele stelle Atomkraft eine kohlenstoffarme Energiequelle dar. Zudem sei „die Kernenergie in großem Umfang verfügbar und steuerbar“. Sie müsse also nicht gespeichert werden und sei bei Bedarf abrufbar. Erneuerbare Energien müssten gespeichert und wetterbedingt auch von fossilen Energieträgern angetrieben werden.
Gefahren der Kernenergie: Nach Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) wurden mehr französische Bürger kritisch gegenüber der Atomenergie. Besonders in den Folgejahren des GAU in Japan 2011 kam es zu einem Umdenken in der französischen Politik. Der damalige Präsident Francois Hollande wollte erneuerbare Energien fördern und Atomstrom auf 50 Prozent der Gesamtenergiegewinnung reduzieren. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine kamen weitere Fragestellungen in Europa, ob die Atomkraft weiterhin noch betrieben werden könnte, auf. Gefahren eines möglichen Angriffs wie in Saporischschja stellten AKW in Frage. Auch Präsident Macron schwenkte um. Das Meinungsbild der Bürger veränderte sich jedoch wegen der steigenden Strompreise. 75 Prozent der Bürger wollten die Atomkraft laut des französischen Meinungsinstituts (Institut Francais d'opinion publique) (IFOP) weiter ausbauen, nur 6 Prozent seien dagegen. Auf die Fragen der Endlagerung des Atommülls hätten die Befürworter, ähnlich wie in anderen Staaten auch, bisher nur wenige Antworten. Es gebe bisher nur das Endlager. In diesem könne aber nur ein Bruchteil des hochradioaktiven Materials endgelagert werden.



Wo soll es hingehen? In Richtung Erneuerbare Energie oder doch zurück zur Atomkraft? Beides hat Vor- und Nachteile. Illustration: Jake Schmidt und Julie Strominski

Die ungekürzten Versionen der Artikel und Interviews sowie weitere Informationen der Schüler etwa zur Geschichte der Atomkraft gibt es unter www.fkrsplus.de

Drei gleiche Fragen, neun unterschiedliche Antworten

Das sagen lokale Akteure zur Atomkraft

■ Rhein-Hunsrück. Wie stehen Akteure aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis zur Atomkraft? Wir haben Landrat Volker Boch, Werner Vogt, Geschäftsführer der Höhenwind, Park GmbH und Wolfgang Piroth vom Bündnis Energiewende für Mensch und Natur dazu befragt.

stiegs. AKW haben einen geringen Landschaftsverbrauch. Wegen der großen Nennleistung können sie Industrieunternehmen mit wenigen Anlagen sicher versorgen. Den weltweit zunehmenden Energiebedarf ausschließlich mit Erneuerbaren decken zu wollen, ist pure Illusion. Ein wesentlicher Pfeiler wird die Kernfusion sein. Mit dieser wird es möglich, noch energiereichen Atommüll wieder zu verwenden. Das Endlagerproblem würde dadurch minimiert.



Landrat Volker Boch
Foto: Artur Lix

Was spricht Ihrer Meinung nach gegen Atomkraft?

Boch: Als ich Schüler war, kam es zum GAU von Tschernobyl. Ich bin angewachsen mit der Sorge und dem Bewusstsein, dass auch zivil genutzte Kernenergie eine große potenzielle Gefahr darstellt. Es kam in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Unfällen, Störfällen oder technischen Problemen. Die Gefahr, die nicht nur durch nuklear bestückte Waffensysteme besteht, ist greifbar, sondern auch durch Reaktoren, wie sie beispielsweise in U-Booten verbaut sind. Die Kernenergie ist zudem aufgrund der nicht geklärten Frage von Endlagerung oder Entsorgung höchst kritisch zu sehen.

Piroth: Die Endlagerung des atomaren Abfalls. Durch die Versäumnisse der Politik ist hier noch keine Lösung gefunden. Hierdurch

entstanden berechnete Ängste und eine breite Ablehnung gegen Atomkraft. Der Grünen-Slogan „Atomkraft, nein danke!“ hat maßgeblich zur Ablehnung beigetragen.

Vogt: Viele ungelöste Probleme, die wir bis heute nicht abschätzen können: Entsorgung von radioaktiven Abfällen, Betrieb der Anlagen, Versorgung mit Uran, technisch aufwendiger Betrieb der Anlagen, nicht kalkulierbare Reaktorunfälle, hohe Energieerzeugungskosten, keine saubere Energie (wegen Radioaktivität). Sie löst keine der Probleme, die wir heute für eine klimagerechte und günstige Energielieferung in der Zukunft brauchen.

Piroth: Die Entscheidung der EU-Kommission ist vor dem Hintergrund der Klimakrise folgerichtig, um drohende Energieengpässe zu vermeiden. Im Übrigen hat diese Entscheidung vürbergehenden Charakter und ist an bestimmte Bedingungen und Transparenzanforderungen geknüpft.



Werner Vogt
Foto: Archiv Werner Dupuis

Vogt: Nein, Atomkraft ist in keins-ter Weise nachhaltig: zu teuer, ungelöste Probleme der Versorgung und Entsorgung für die Kernstäbe, ökologisch und ökonomisch unsinnig, nicht zukunftsfähig. Die Einstufung hatte keinen ökologischen oder ökonomischen Hintergrund, sondern diente den wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Länder, die von der Nutzung der Kernenergie abhängig sind, da sie in der Vergangenheit viele Anlagen gebaut und den Umstieg auf EE-Versorgung verschlafen haben.

Meinungsbild der Klasse 9a zu Beginn des Wettbewerbs

